

## **Die „polnische Frage“ im Umbruch? Innenpolitische Debatten im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn in den Jahren 1917/18**

Die sogenannte „polnische Frage“ beschäftigte seit den Teilungen Polens in den Jahren 1772-1795 die drei Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich. Während zunächst polnische Aufstände zur Wiedererlangung der Staatlichkeit wiederholt ein gemeinsames Vorgehen der Teilungsmächte erforderten, gingen die drei Staaten später zunehmend getrennte Wege. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts stellten polnische politische Akteure aller drei Teilungsgebiete revolutionäre Bestrebungen nach einer Wiedervereinigung und Unabhängigkeit Polens zugunsten einer „organischen Arbeit“ zurück, welche darauf zielte, die polnische Kultur und Nation innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen zu stärken. Die „polnische Frage“ wurde damit für die Teilungsmächte zu einer überwiegend innenpolitischen Angelegenheit. Im Mittelpunkt stand die Frage nach dem Umgang mit der polnischen Bevölkerung und nach deren Stellung innerhalb des Staates. Die Polenpolitik der drei Staaten nahm dabei sehr unterschiedliche Richtungen. Auch die beiden seit 1879 verbündeten Staaten, das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, gingen hier gegensätzliche Wege. Erst der Beginn des Ersten Weltkriegs verstärkte wiederum das Bedürfnis der Verbündeten, ihre Politik zu koordinieren. Aufgrund der Grenzlage nahm Polen einen wichtigen Platz in den Krieg Zielen der Mittelmächte ein. Wenngleich deutsche und österreichische Vorstellungen über eine Neuordnung Ostmitteleuropas und insbesondere über den Status Polens weit auseinandergingen, entstand durch den Krieg ein Interesse an einer gemeinsamen Polenpolitik. Dabei legte man den Schwerpunkt klar auf außenpolitische Angelegenheiten. Die „polnische Frage“ als innenpolitisches Problem wurde während des Krieges und vor allem nach der Eroberung des russischen Kongresspolen durch die Mittelmächte im Jahr 1915 weitgehend von der Frage nach dem Umgang mit den neugewonnenen Gebieten überlagert.

Trotz des vordergründigen Primats der Außenpolitik nahmen im Verlauf des Krieges in beiden Staaten auch innenpolitische Debatten wieder an Heftigkeit zu. Schließlich konnte die Politik in Russisch-Polen nicht losgelöst von den innenpolitischen Verhältnissen und der Frage nach dem Umgang mit den Polen im eigenen Reich betrachtet werden. So war es nicht zuletzt der Versuch einer außenpolitischen Lösung im November 1916, welcher die „polnische Frage“ als innenpolitisches Problem wieder auf die Tagesordnung brachte. Diese Debatten, welche sowohl in der zeitgenössischen Wahrnehmung als auch in der Historiographie häufig im Schatten der Außenpolitik standen, stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags: Inwiefern unterschieden sich innenpolitische Diskussionen der Kriegsjahre von jenen der Vorkriegszeit? Welchen Stellenwert nahm hier die

„polnische Frage“ ein und welche Rolle spielten Kriegserfahrungen und außenpolitische Entwicklungen? Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf einem Vergleich zwischen dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie, auf der Frage nach gemeinsamen Entwicklungen in den verbündeten Staaten und wesentlichen Unterschieden. Welche Faktoren waren hierfür entscheidend? Inwiefern wirkte sich etwa die Konzeption des Staates als Nationalstaat oder als Nationalitätenstaat auf die politischen Auseinandersetzungen aus? Dabei werden Voraussetzungen, Rahmenbedingungen und Argumentationsmuster der Debatten betrachtet.

## Voraussetzungen: Österreichisches und Deutsches Teilungsgebiet im Vergleich

Das österreichische Kronland Galizien, welches durch die Teilungen Polens an die Habsburgermonarchie gefallen war, und die polnischen Provinzen Preußens galten am Vorabend des Ersten Weltkriegs als Gegensatz. Einerseits konnte sich Preußen einer besseren wirtschaftlichen Lage und eines höheren Lebensstandards rühmen, während Galizien den Ruf als Armenhaus der Habsburgermonarchie hatte. Andererseits fielen Einschätzungen zur politischen Lage der Polen klar zu Gunsten Galiziens aus. So galt Galizien als Hort einer freien Entwicklung der polnischen Nation, während Preußen für eine antipolnische Politik und nationale Diskriminierung stand. Dieser Gegensatz beruhte auf der Entwicklung der Polenpolitik der beiden Staaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Unterschiede bestanden aber auch in der Bevölkerungsstruktur und dem Stellenwert der polnischen Regionen für den Gesamtstaat.<sup>1</sup>

Anders als im Falle von Galizien bildeten die Gebiete mit polnischer Bevölkerung in Preußen kein einheitliches Territorium, sondern gehörten vier preußischen Provinzen mit unterschiedlicher Geschichte an. Während Ostpreußen bereits seit dem 17. Jahrhundert integraler Bestandteil und namensgebende Provinz des preußischen Staates war, wurde Schlesien 1742 im Krieg gegen die Habsburgermonarchie eingenommen. Durch die Teilungen Polens kamen schließlich Westpreußen und Posen hinzu, wobei letzteres die Provinz mit dem höchsten Anteil polnischer Bevölkerung und zugleich das wichtigste kulturelle und nationale Zentrum der preußischen Polen darstellte.<sup>2</sup> In der Habsburgermonarchie war dagegen die „polnische Frage“ ganz klar eine „galizische Frage“. Die nach 1742 bei der Habsburgermonarchie verbliebene Provinz Österreichisch-Schlesien, welche mit rund 750.000 Einwohnern weniger als 10% der Bevölkerung Galiziens ausmachte, spielte schon aufgrund der Größenverhältnisse eine marginale Rolle. Das preußische Teilungsgebiet war also deutlich enger mit dem preußischen Staat verflochten als dies in der Habsburgermonarchie der Fall war. Während

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu im Überblick BENJAMIN CONRAD: Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918-1923, Stuttgart 2014, S. 26-45.

<sup>2</sup> Vgl. ALBERT S. KOTOWSKI: Zwischen Staatsräson und Vaterlandsliebe. Die polnische Fraktion im Deutschen Reichstag 1871-1918, Düsseldorf 2007, S. 17-38.

etwa Westpreußen eine territoriale Verbindung zwischen Ostpreußen und dem übrigen Staatsgebiet herstellte, war die im äußersten Nordosten des Reiches gelegene Provinz Galizien für Österreich eine Peripherie. Trotz seiner Größe war Galizien – immerhin das größte Kronland Österreichs (abgesehen von Ungarn) – auch wirtschaftlich relativ schwach eingebunden.<sup>3</sup>

Zu dem jeweiligen Stellenwert der polnischen Territorien für den Gesamtstaat trug aber auch die unterschiedliche Bevölkerungsstruktur bei. In Preußen lebten in allen vier Provinzen sowohl Polen als auch Deutschsprachige, wenn auch mit sehr unterschiedlichem Bevölkerungsanteil. Während die polnischsprachige Bevölkerung in der Provinz Posen mit über 60 Prozent klar in der Mehrheit war, stellte sie in Ostpreußen nur eine Minderheit. Die Sozialstruktur in den einzelnen Provinzen ähnelte sich jedoch: Polen lebten eher am Land, Deutsche eher in den Städten. Die Bevölkerungsstruktur Galiziens unterschied sich wesentlich von der Preußens: Während im westlichsten Teil die polnische Bevölkerung eine deutliche Mehrheit stellte, stand im Osten Galiziens einer ruthenischen, überwiegend bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit eine bedeutende polnische Oberschicht gegenüber, welche sowohl den Adel als auch die Mehrheit der Stadtbevölkerung stellte. Die deutschsprachige Bevölkerung spielte trotz Ansiedelung deutscher Kolonisten in den ersten Jahrzehnten nach der Angliederung an die Habsburgermonarchie nur eine marginale Rolle.<sup>4</sup>

Die politische Stellung der Polen in Preußen und Galizien hing zum einen eng mit der Sozialstruktur zusammen. Denn auf Landesebene galt sowohl in Preußen als auch in Galizien ein ausgeprägtes Zensuswahlrecht. Während in Preußen die polnische Bevölkerung dadurch benachteiligt wurde, brachte dies in Galizien den Polen einen klaren Vorteil.<sup>5</sup> Zum anderen schlugen Preußen und Österreich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschiedliche Richtungen in der Nationalitätenpolitik ein. Die Politik Preußens war insbesondere seit der Gründung des Deutschen Reichs von einem zunehmenden Homogenisierungsdruck geprägt.<sup>6</sup> Bereits im Zuge des

---

<sup>3</sup> Vgl. HANS-CHRISTIAN MANER: Galizien. Eine Grenzregion im Kalkül der Donaumonarchie im 18. und 19. Jahrhundert, München 2007.

<sup>4</sup> Die offiziellen Volkszählungen, welche das Jiddische dem Deutschen zurechneten, kamen zu einem höheren Wert. Im Allgemeinen wurden die überwiegend jiddischsprachigen Juden jedoch als eigenständige Bevölkerungsgruppe wahrgenommen und stellten somit die drittgrößte Bevölkerungsgruppe Galiziens. Der Anteil deutschsprachiger Juden war in Galizien gering, vor allem seit einer Akkulturation von Bildungsschichten an das Deutsche in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weitestgehend durch das Polnische abgelöst wurde. Zu Bevölkerungszahlen und -entwicklung vgl. RUDOLF A. MARK: Galizien unter österreichischer Herrschaft. Verwaltung - Kirche - Bevölkerung, Marburg 1994, S. 68-85; LESZEK BELZYT: Sprachliche Minderheiten im preußischen Staat 1815 - 1914. die preußische Sprachenstatistik in Bearbeitung und Kommentar, Marburg 1998.

<sup>5</sup> Vgl. KOTOWSKI: Staatsräson, S. 39-41; DAN GAWRECKI: Der Landtag von Galizien und Lodomerien, in: Die Habsburgermonarchie 1848 - 1918, Band VII: Verfassung und Parlamentarismus. 2. Teilband: Die regionalen Repräsentativkörperschaften, hrsg. von ADAM WANDRUSZKA UND HELMUT RUMPLER, Wien 2000, S. 2131-2170.

<sup>6</sup> RUDOLF JAWORSKI: Nationalstaat, Staatsnation und nationale Minderheiten. Zur Wechselwirkung dreier Konstrukte, in: Nationale Minderheiten und staatliche Minderheitenpolitik in Deutschland im 19. Jahrhundert, hrsg. von HANS HENNING HAHN, Berlin 1999, S. 19-27, hier S. 23.

„Kulturkampfs“, der sich vornehmlich gegen die katholische Kirche richtete, wurde in den 1870er Jahren der Gebrauch der polnischen Sprache in der Schule erheblich eingeschränkt, zudem wurde Polnisch als Amtssprache abgeschafft. Angesichts der zunehmenden Nationalisierung der Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts setzte die preußische Regierung auf eine gezielte Stärkung des deutschen Bevölkerungsanteils in den östlichen Provinzen mithilfe der 1886 gegründeten Ansiedlungskommission. Verschärft wurden diese Maßnahmen zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch ein Enteignungsgesetz, welches die Enteignung polnischer Grundbesitzer ermöglichte, sowie den sogenannten Sprachenparagraphen, welcher den Gebrauch des Polnischen im Vereinswesen reglementierte. Beide Gesetze wurden als antipolnische Ausnahmegesetze wahrgenommen. Zur Verhärtung der Fronten zwischen polnischsprachiger und deutschsprachiger Bevölkerung trug nicht zuletzt die Gründung des Deutschen Ostmarkenvereins 1894 bei, welcher eine Germanisierung der preußischen Ostprovinzen zum Ziel hatte.<sup>7</sup>

Die österreichische Regierung setzte dagegen seit den 1860er Jahren auf eine Kooperation mit den polnischen Eliten Galiziens. In Verbindung mit dem Ausgleich mit Ungarn 1867 wurden Galizien schrittweise Selbstverwaltungsrechte zuerkannt, welche unter dem Begriff „Galizische Autonomie“ zusammengefasst werden. Dazu gehörten die Einführung des Polnischen als Verwaltungssprache sowie weitgehende Rechte für den polnisch dominierten Landtag, welcher im Folgenden die Vormachtstellung der polnischen Sprache weiter ausbaute und ruthenischen bzw. ukrainischen nationalen Bestrebungen entgegengrat. Auch in Galizien nahmen nationale Konflikte im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zu. Die Konfliktlinie verlief hier allerdings zwischen Polen und Ruthenen.<sup>8</sup>

Auch auf Reichsebene unterschied sich die Stellung der Polen im Deutschen Reich und in der Habsburgermonarchie erheblich. In Österreich-Ungarn waren (nach der Volkszählung von 1910) rund 10 Prozent der Bevölkerung Polen, in der österreichischen Reichshälfte waren die Polen mit rund 18 Prozent die drittgrößte Bevölkerungsgruppe.<sup>9</sup> Im Deutschen Reich war der Anteil der polnischen Bevölkerung deutlich geringer. Dennoch war die polnische Bevölkerung nicht nur in Preußen, sondern im Deutschen Reich insgesamt die numerisch größte Minderheit. Auch aufgrund ihres „vergleichsweise hohen Organisierungs- und Politisierungsgrades“ war die Polenfrage die „unbestritten brisanteste Minderheitenfrage Deutschlands“.<sup>10</sup> Der Einfluss polnischer Politiker im Reichstag war jedoch marginal. Die Polnische Fraktion<sup>11</sup>, welche sich in ihrer Arbeit auf polnische

<sup>7</sup> Vgl. CONRAD: Umkämpfte Grenzen, S. 33-35.

<sup>8</sup> Vgl. MANER: Galizien, S. 127-165.

<sup>9</sup> HENRYK BATOWSKI: Die Polen, in: Die Habsburgermonarchie 1848-1918. Band III: Die Völker des Reiches. 1. Teilband, hrsg. von HELMUT RUMPLER, Wien 1980, S. 522-554, hier S. 526.

<sup>10</sup> JAWORSKI: Nationalstaat, S. 19.

<sup>11</sup> Sowohl im Deutschen Reich als auch in der Habsburgermonarchie schlossen sich polnische Abgeordnete in den Parlamenten zu einem „Koło Polskie“ zusammen. In Bezug auf das Deutsche Reich wird dieser im

Angelegenheiten konzentrierte, befand sich abgesehen von einer kurzen Phase unter Reichskanzler Caprivi (1890-1894) in Opposition. Enttäuscht von den mangelnden Konzessionen der Regierung Caprivi gegenüber polnischen Anliegen, nahmen die polnischen Abgeordneten im Folgenden eine umso kritischere Haltung gegenüber der Regierung ein.<sup>12</sup> Im österreichischen Reichsrat zählte der Polenklub hingegen zu den einflussreichsten Fraktionen. Dies nicht nur aufgrund seiner numerischen Stärke, sondern auch als wichtige Stütze der Regierung. Galizische Polen stellten nicht nur mehrfach Minister, sondern mit Kasimir Badeni (1895-1897) für zwei Jahre auch den Ministerpräsidenten.<sup>13</sup>

In beiden Reichen war die politische Mobilisierung in Zeiten von Wahlen stark von nationalen Diskursen geprägt. Anders als in Preußen standen Polen und Deutsche in Österreich jedoch nicht in direkter Konkurrenz. So richtete sich aus Wiener Perspektive die Aufmerksamkeit vielmehr auf deutsch-tschechische Konflikte in Böhmen, wo deutsche Nationalisten – ähnlich wie in Preußen – eine deutsche Hegemonie beanspruchten. Die wiederholte Obstruktionspolitik der tschechischen Abgeordneten im Reichsrat trug wesentlich zur Präsenz dieser Konflikte in politischen Diskursen bei.

Allerdings wurden auch innergalizische Konflikte zunehmend im Reichsrat ausgetragen. So verfolgten auch die Ruthenen mitunter eine Obstruktionspolitik, um ihren nationalen Anliegen Gewicht zu verleihen.<sup>14</sup> Die nationalen Auseinandersetzungen in Galizien wirkten jedoch nicht nur als ein weiterer Konfliktherd der österreichischen Innenpolitik. Die Wiener Regierung beobachtete die Konflikte in der Grenzprovinz nicht zuletzt vor dem Hintergrund der außenpolitischen Spannungen zu Russland mit wachsender Sorge. Um die Ruthenen, die im Verdacht der Russophilie standen, stärker an die Habsburgermonarchie zu binden, drängte die Regierung auf einen Ausgleich zwischen Polen und Ruthenen. Im Frühjahr 1914 kam im galizischen Landtag schließlich ein Kompromiss zustande, dessen Kern eine Wahlrechtsreform bildete. Wenngleich die polnischen Eliten weiterhin durch das Kurienwahlsystem bevorzugt wurden, wurde die Benachteiligung der Ruthenen damit gemildert.<sup>15</sup> Dieser „Galizische Ausgleich“ wurde jedoch aufgrund des Beginns des Ersten Weltkriegs nie umgesetzt.

## Rahmenbedingungen: Veränderungen im Ersten Weltkrieg

Waren am Vorabend des Ersten Weltkriegs Nationalitäten- und Minderheitenfragen sowohl in Österreich-Ungarn als auch im Deutschen Reich einbrisantes Thema, verstummteten diese

---

Allgemeinen als „Polnische Fraktion“ übersetzt, in der Habsburgermonarchie war dagegen die Bezeichnung „Polenklub“ gebräuchlich. Der Artikel folgt diesem Sprachgebrauch. Vgl. KOTOWSKI: Staatsräson; HARALD BINDER: Galizien in Wien. Parteien, Wahlen, Fraktionen und Abgeordnete im Übergang zur Massenpolitik, Wien 2005.

<sup>12</sup> KOTOWSKI: Staatsräson, S. 81-167.

<sup>13</sup> Vgl. BINDER: Galizien in Wien, S. 320-501.

<sup>14</sup> Ebd., S. 435-447.

<sup>15</sup> BÖRRIES KUZMANY: Der Galizische Ausgleich als Beispiel moderner Nationalitätenpolitik?, in: Galizien. Peripherie der Moderne – Moderne der Peripherie?, hrsg. von ELISABETH HAID u. a., Marburg 2013, S. 123-141.

Auseinandersetzungen zu Beginn des Ersten Weltkriegs weitgehend. In beiden Staaten wurden öffentliche Meinungsäußerungen durch die Kriegszensur kontrolliert.<sup>16</sup> Die Kriegspropaganda beider Staaten verbreitete das Bild einer einmütigen Unterstützung des Krieges und der Kriegsanstrengungen durch die Bevölkerung. Während das Deutsche Reich eine Einheit der Deutschen Nation, welche auch die Minderheiten des Deutschen Reiches umfasste, propagierte, stützte sich Österreich-Ungarn vorwiegend auf das Konzept der „Einheit in der Vielfalt“, auf die Unterstützung des Krieges durch sämtliche Völker der Habsburgermonarchie, wie sie etwa in der Presse in Form von nationalen Aufrufen und Loyalitätserklärungen zur Schau gestellt wurde.

Im Deutschen Reich stellte auch der Reichstag eine wichtige Bühne für die Einheit der Deutschen Nation dar. Zumindest in den ersten Monaten des Krieges trugen sämtliche politischen Parteien die Burgfriedenspolitik mit und stellten innenpolitische Diskussionen zurück. Auch die Polnische Fraktion fasste zu Beginn des Krieges den Beschluss, während der Plenarsitzungen die „polnische Frage“ nicht anzusprechen, um Diskussionen mit anderen Parteien zu vermeiden und strittige Fragen auf die Zeit nach dem Krieg zu vertagen.<sup>17</sup> In Österreich hingegen wurde der Reichsrat aus Furcht vor dem Aufbrechen nationaler Konflikte, welche die parlamentarische Arbeit in den Jahren vor dem Krieg geprägt hatten, sistiert. Damit beraubte sich die Regierung jedoch auch eines potentiellen Forums für die Einheit des Staates im Krieg. Wenngleich die Presse nicht müde wurde, die Solidarität unter den Völkern der Habsburgermonarchie im Kampf gegen den gemeinsamen Feind hervorzuheben, gab es für politische Bekundungen keine gemeinsame Plattform. Für Galizien gilt dies übrigens auch auf regionaler Ebene. Der galizische Landtag wurde mit Verweis auf den Status Galiziens als Kriegsgebiet nicht einberufen. Stattdessen bildeten sich überparteiliche nationale Organisationen zur Unterstützung des Krieges. Der Großteil der polnischen Politiker in Galizien vereinigte sich Mitte August in Krakau zum Obersten Nationalkomitee (*Naczelny Komitet Narodowy*), welches die Habsburgermonarchie im Krieg gegen Russland unterstützte.<sup>18</sup> Die ukrainischen parlamentarischen Vertreter hatten bereits Anfang August den Ukrainischen Hauptrat (*Holovna Ukrains'ka Rada*) gegründet.<sup>19</sup> Trotz der ausdrücklichen Unterstützung beider Organisationen für die Habsburgermonarchie führten diese parallelen Strukturen die nationale Fragmentierung vor Augen.

In beiden Staaten stellte sich also die politische Vertretung der Polen in den Dienst des Krieges, wobei sich zunächst selbst die Nationaldemokraten anschlossen. Die polnischen Nationaldemokraten

---

<sup>16</sup> Vgl. ROBERT SPÄT: Die "polnische Frage" in der öffentlichen Diskussion im Deutschen Reich. 1894 - 1918, Marburg 2014, S. 17f; TAMARA SCHEER: Die Ringstraßenfront. Österreich-Ungarn, das Kriegsüberwachungsamt und der Ausnahmezustand während des Ersten Weltkrieges, Wien 2010, S. 108-129.

<sup>17</sup> KOTOWSKI: Staatsräson, S. 172.

<sup>18</sup> JERZY Z. PAJĄK: Od autonomii do niepodległości. Kształtowanie się postaw politycznych i narodowych społeczeństwa Galicji w warunkach Wielkiej Wojny 1914 - 1918, Kielce 2012, S. 67-75.

<sup>19</sup> Vgl. FRANK GOLCZEWSKI: Deutsche und Ukrainer: 1914 - 1939, Paderborn 2010, S. 90f.

aller drei Teilungsgebiete hatten vor dem Krieg insbesondere Preußen als gefährlichsten Feind der polnischen Nation angeprangert und eine distanzierte Haltung gegenüber der Habsburgermonarchie als Verbündetem des Deutschen Reichs eingenommen. Während sich die Nationaldemokraten im Russländischen Reich zu Kriegsbeginn klar für eine Kooperation mit Russland im Kampf gegen das „Deutschstum“ aussprachen, schloss sich der Großteil der Nationaldemokraten in Galizien zunächst dem proösterreichischen Obersten Nationalkomitee an.<sup>20</sup> Und auch in Preußen, wo die Polnische Fraktion zusehends nationaldemokratisch dominiert war, nahmen selbst die radikalen Mitglieder der Fraktion zunächst eine deutschfreundliche Haltung ein. Die Motivationen für die staatsbürgerliche Loyalität der einzelnen politischen Gruppierungen mögen freilich verschieden gewesen sein und reichten von Überzeugung bis zu politischer Taktik. Während für die polnischen Konservativen sowohl in der Habsburgermonarchie als auch im Deutschen Reich die Loyalität zum Kaiser eine entscheidende Rolle spielte, überwog bei den Nationaldemokraten wohl meist die Hoffnung auf politische Konzessionen.<sup>21</sup>

Die aktivste Rolle im Krieg nahmen die Polen in Galizien ein. Bereits vor 1914 hatten Aktivisten des radikalen Flügels der Polnischen Sozialistischen Partei (*Polska Partia Socjalistyczna*, PPS) die politische Situation in Galizien genutzt und unter der Führung von Józef Piłsudski paramilitärische Schützenverbände aufgestellt. Diese gegen Russland gerichteten Verbände waren inoffiziell vom österreichisch-ungarischen Armeeoberkommando unterstützt worden. Nach Kriegsbeginn übernahm das Oberste Nationalkomitee eine führende Rolle bei der Organisation polnischer Freiwilligeneinheiten, welche schließlich als Polnische Legionen (*Legiony Polskie*) in die österreichisch-ungarische Armee eingegliedert wurden, de facto jedoch eine große Eigenständigkeit bewahren konnten.<sup>22</sup> Die Polen in Preußen nahmen im Vergleich zu den anderen Teilungsgebieten eine relativ passive und abwartende Haltung ein.<sup>23</sup>

Die „polnische Frage“ wurde angesichts des Krieges von der österreichisch-ungarischen wie auch von der deutschen Regierung vorwiegend in ihrer außenpolitischen Dimension betrachtet. Der Krieg stellte die bestehenden Grenzen in Frage und eröffnete die Aussicht auf Gebietserweiterungen. An der Ostfront kamen hierfür vorwiegend polnische Gebiete in Frage. Zugleich waren alle drei Teilungsmächte bestrebt, sich der Unterstützung der Polen im Krieg zu versichern, und wendeten sich mit Aufrufen an die polnische Bevölkerung. Im August 1914 stellte Russland in einem Aufruf des Oberkommandierenden Großfürst Nikolaj Nikolaevič die Wiedervereinigung Polens unter russischer

<sup>20</sup> PIOTR SZLANTA: Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1915 als identitätsstiftender Faktor für die moderne polnische Nation, in: Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, hrsg. von GERHARD P. GROSSE, Paderborn 2006, S. 153-164, hier S. 155-157.

<sup>21</sup> KOTOWSKI: Staatsräson, S. 170f.

<sup>22</sup> SZLANTA: Der Erste Weltkrieg, S. 154-158.

<sup>23</sup> KOTOWSKI: Staatsräson, S. 169.

Oberherrschaft sowie eine Selbstverwaltung für Polen in Aussicht. Dies implizierte innenpolitische Reformen in Russland – welche allerdings nie umgesetzt wurden.<sup>24</sup> Der Aufruf der Mittelmächte konzentrierte sich demgegenüber ganz auf die Polen in den feindlichen Gebieten. Das Oberkommando der österreichisch-ungarischen Armee versprach im Namen der Mittelmächte eine Befreiung Polens aus russischer Herrschaft, hielt sich jedoch mit weiteren Details zurück. Schließlich herrschte unter den Mittelmächten keineswegs Einigkeit über die Zukunft Polens. Neben den Interessen des Bündnispartners, war jeweils auch der innenpolitische Eindruck der Maßnahmen zu berücksichtigen. Einerseits lag beiden Verbündeten daran, Stärke zu zeigen und das politische Ansehen bzw. den Einflussbereich des eigenen Staates zu vergrößern. Andererseits drohte eine Integration größerer polnischer Territorien, die nationalen Verhältnisse und das innenpolitische Gleichgewicht zu verschieben. Zu den unter den Mittelmächten diskutierten Optionen zählte einerseits die in Österreich favorisierte „austropolnische Lösung“, welche im Wesentlichen auf eine Vereinigung Kongresspolens mit Galizien zu einem polnischen Kronland unter habsburgischer Herrschaft zielte. Die Idee, den österreichisch-ungarischen Dualismus in einen Trialismus mit PolenHiba! A könyvvelző nem létezik. als drittem gleichberechtigtem Reichsteil umzuwandeln, stieß jedoch insbesondere in UngarnHiba! A könyvvelző nem létezik. auf heftigen Widerstand. Zudem standen diese Pläne im Widerspruch zu den Interessen des Deutschen Reiches, welches nicht bereit war, eroberte Territorien einfach dem Bündnispartner zu überlassen. Andererseits war auch eine direkte Annexion Kongresspolens an das Deutsche Reich außen- wie innenpolitisch umstritten. Die deutsche Reichsleitung scheute insbesondere vor einem weiteren Zuwachs polnischer und jüdischer Bevölkerung zurück und favorisierte daher die Schaffung eines polnischen Staates unter deutscher Kontrolle, welcher als Pufferstaat zu Russland dienen sollte. Zugleich behielt sie die Annexion eines „Grenzstreifens“ im Auge, welcher nicht nur territoriale Expansion und die Schaffung deutschen Siedlungsgebiets, sondern auch eine räumliche Abtrennung der preußischen Polen von Kongresspolen versprach. Bei den jeweiligen Plänen standen somit imperiale Machtansprüche im Vordergrund – polnischen Interessen wurde nur bedingt Rechnung getragen.<sup>25</sup> Lediglich die „austropolnische“ Lösung stieß unter den galizischen Polen zunächst auf gewisse Sympathien.<sup>26</sup>

Angesichts der militärischen Entwicklungen im Jahr 1915 gewannen die Pläne der Mittelmächte zu Polen an Aktualität. Waren 1914 russische Truppen in Ostpreußen eingedrungen und hielten den Großteil Galiziens besetzt, gelang es im Sommer 1915 einer gemeinsamen Offensive der

<sup>24</sup> HORST GÜNTHER LINKE: Das zarische Rußland und der Erste Weltkrieg. Diplomatie und Kriegsziele 1914 - 1917, München 1982, S. 130-146.

<sup>25</sup> Vgl. STEPHAN LEHNSTAEDT: Imperiale Polenpolitik in den Weltkriegen. Eine vergleichende Studie zu den Mittelmächten und zu NS-Deutschland, Osnabrück 2017, S. 74-88; SVEN OLIVER MÜLLER: Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2002, S. 158-161.

<sup>26</sup> BINDER: Galizien in Wien, S. 493.

Mittelmächte nicht nur Galizien zurückzuerobern, sondern auch Kongresspolen zu besetzen. Die besetzten Gebiete wurden unter den Mittelmächten in ein deutsches Generalgouvernement mit Sitz in Warschau und in ein österreichisch-ungarisches Generalgouvernement mit Sitz in Lublin aufgeteilt. Die Eroberung von Kongresspolen eröffnete die Chance auf eine Umsetzung von Kriegszielen. Entscheidungen über die Zukunft der besetzten Gebiete wurden jedoch aufgrund der widersprüchlichen Interessenslagen vertagt. Erst im Herbst 1916 – unter politischem Druck wie auch in der Hoffnung auf militärische Entlastung – entschlossen sich die Mittelmächte zur Proklamation vom 5. November, welche in den besetzten Gebieten die Errichtung eines autonomen Königreichs Polen mit konstitutioneller Erbmonarchie versprach.<sup>27</sup>

Das Werben der Teilungsmächte um die Sympathien der Polen im Krieg, weckte unter den polnischen Bevölkerungen Hoffnungen auf politische Konzessionen, welche von staatsbürgerlicher Gleichberechtigung bis hin zu weitgehenden Autonomierechten für ein vereinigtes Polen reichten. Diese Hoffnungen wurden durch die Politik der Teilungsmächte jedoch zusehends enttäuscht. Trotz aller Versuche, nationale Ambitionen im Krieg gegen den Feind einzusetzen, war die Politik der Teilungsmächte von Misstrauen gegenüber nationalen Minderheiten im eigenen Staat geprägt und Versprechungen gingen häufig mit Repressionen einher.

Im Deutschen Reich äußerte sich das Misstrauen der Regierung gegenüber der polnischen Bevölkerung etwa in der Schließung polnischer Zeitungen und in Verhaftungen nationalpolnischer Akteure zu Kriegsbeginn, welche jedoch bald aufgehoben wurden. Nachdem die Behörden keine Anzeichen für antideutsche Aktivitäten unter den Polen feststellen konnten, wurden die Verhafteten freigelassen und die meisten Zeitungen konnten nach Abgabe einer Loyalitätserklärung wieder erscheinen.<sup>28</sup> Hoffnungen auf eine Aufhebung der antipolnischen Ausnahmegesetze wurden jedoch enttäuscht. Entsprechende Verhandlungen polnischer Abgeordneter mit Regierungsmitgliedern brachten keine Ergebnisse, sondern lediglich Vertröstungen und vage Zusagen einer Überprüfung der Ausnahmegesetze nach Kriegsende. Wie schon in den 1890er Jahren konnte die Polnische Fraktion durch Zusammenarbeit mit der Regierung keine wesentlichen Konzessionen erreichen, wodurch der Druck der radikalen Fraktionsmitglieder hin zu einer aktiveren Politik immer größer wurde.

Während es in Preußen um Verbesserungen für die polnische Bevölkerung ging, brachte der Krieg für die Polen in Galizien deutliche Verschlechterungen. Als Kriegsgebiet war Galizien nicht nur von massiven Zerstörungen, sondern auch vom Ausnahmezustand in besonderem Maße betroffen. Herrschte in Österreich die Regierung aufgrund der Ausnahmegesetze ohne parlamentarische Kontrolle, kann man in Galizien von einer Militärdiktatur sprechen, welche das Land mitunter wie ein

---

<sup>27</sup>Vgl. LEHNSTAEDT: Imperiale Polenpolitik, S. 77-82.

<sup>28</sup>KOTOWSKI: Staatsräson, S. 170.

besetztes Gebiet behandelte.<sup>29</sup> Das Misstrauen richtete sich in Österreich-Ungarn (v.a. bis zum Kriegseintritt Italiens 1915) in erster Linie gegen die Slawen der Monarchie. Insbesondere Ruthenen und Tschechen wurden der Russophilie verdächtigt. Gerade gegen die Ruthenen in den Kriegsgebieten Galizien und der Bukowina ging die österreichisch-ungarische Armee unmittelbar nach Kriegsbeginn mit massiven Gewaltmaßnahmen vor, welche sich durch die Niederlagen im Herbst 1914 noch verschärften. Polen, welche seit der Galizischen Autonomie als staatstragende Nation galten, waren zunächst weniger davon betroffen.<sup>30</sup> Vielmehr wurden große Hoffnungen in die polnischen Schützenverbände, die als polnische Legionen in die Armee integriert wurden, gesetzt. Im Zuge der russischen Besatzung Galiziens wurden jedoch auch zunehmend Kollaborationsvorwürfe gegen polnische Funktionäre laut. Diese wurden nicht zuletzt von ruthenischer Seite forciert, welche die polnischen Landesbehörden als hauptverantwortlich für die willkürliche Verfolgung von Ruthenen in den ersten Kriegsmonaten sah. Nach der Wiedereroberung Galiziens gingen die österreichisch-ungarischen Behörden wiederum mit harten Maßnahmen gegen vermeintliche Verräter und Kollaborateure vor und stützten sich dabei auf gegenseitige Denunziationen der galizischen Bevölkerung. Mit General Colard wurde erstmals seit 1866 ein nicht-polnischer Statthalter in Galizien eingesetzt. Neben Misstrauen gegenüber den galizischen Landesbehörden spielte bei dieser Entscheidung wohl auch der Versuch, durch die Einsetzung eines Außenstehenden einen nationalen Ausgleich zwischen Polen und Ruthenen zu schaffen, eine Rolle. Von polnischer Seite wurde dies jedoch als Provokation und Angriff auf die Landesautonomie empfunden. Die Ernennung eines Generals zum Statthalter war zudem Ausdruck der Militärherrschaft in Galizien.<sup>31</sup>

Aber auch das Besetzungsregime der Mittelmächte in Kongresspolen entsprach in Realität kaum der versprochenen „Befreiung“. Zwar gewährte das Generalgouvernement Warschau den Polen ein gewisses Maß an Selbstverwaltung. Andererseits zielte die Besatzung auf wirtschaftliche Ausbeutung der polnischen Industrieregion. Das agrarisch geprägte Generalgouvernement Lublin sollte vor allem zur Lebensmittelversorgung der Habsburgermonarchie dienen. Auch die Proklamation vom 5. November 1916 und die Einrichtung eines Provisorischen Staatsrats als polnisches Repräsentationsgremium mit beratender Funktion brachten keine wesentlichen Änderungen.

## Argumente: Debatten während des Krieges

Die öffentlich zur Schau getragene Einheit war somit sowohl in Österreich-Ungarn als auch im Deutschen Reich von Anfang an brüchig. Trotz aller Bemühungen, innere Gegensätze unter der Decke

<sup>29</sup> MARK VON HAGEN: War in a European Borderland. Occupations and Occupation Plans in Galicia and Ukraine, 1914-1918, Seattle 2007, S. 12.

<sup>30</sup> HANNES LEIDINGER, VERENA MORITZ, KARIN MOSER, WOLFRAM DORNIK: Habsburgs schmutziger Krieg. Ermittlungen zur österreichisch-ungarischen Kriegsführung 1914-1918, St. Pölten 2014, S. 80-91.

<sup>31</sup> CHRISTOPH MICK: Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914-1947, Wiesbaden 2010, S. 135-144.

zu halten, verschärften sich die Konflikte im Lauf des Krieges. Öffentliche politische Debatten begannen im Deutschen Reich insofern früher als es mit dem Reichstag eine politische Plattform dafür gab. Ab März 1915 brachte auch die Polnische Fraktion wieder polnische Interessen in die Parlamentsdebatten ein. Im Zentrum stand die Forderung, die Ausnahmegesetze aufzuheben. Das wesentliche Argument, um gleiche Rechte einzufordern, war die Erfüllung gleicher Pflichten im Krieg. Ausgangspunkt für diese Debatten war ein Vorstoß der Sozialdemokraten während der Budgetverhandlungen im Reichstag: „Dem Volke werden tagtäglich große Opfer zugemutet. Unsere Brüder im Felde sehen ständig dem Tode ins Auge, sie erfüllen mit fast übermenschlicher Kraft ihre Pflicht, alle ohne Unterschied und in gleicher Weise. Da darf sich die Regierung nicht länger der Aufgabe entziehen, dafür zu sorgen, daß den gleichen Pflichten auch gleiche Staatsbürgerrechte entsprechen.“<sup>32</sup> Wenngleich der sozialdemokratische Redner die Benachteiligung der Arbeiter in den Mittelpunkt stellte, schloss er auch andere Formen von Diskriminierung mit ein und prangerte jede Art von Ausnahmegesetzen an: „Es ist unerträglich, daß noch immer nicht allen Staatsbürgern ohne Unterschied der Klasse, der Partei, der Konfession, der Nationalität volle Gleichberechtigung gewährt wird.“<sup>33</sup> Diese Initiative stieß auf Kritik unter den anderen Parlamentsparteien, welche die Beilegung innerenpolitischer Konflikte im Krieg geltend machten. Die Polnische Fraktion schloss sich als einzige bürgerliche Partei der Kritik an dem sozialdemokratischen Redner nicht an, sondern griff den Vorstoß gegen die Ausnahmegesetzgebung auf. So nützte der polnische Abgeordnete Seyda die Gelegenheit „auch im gegenwärtigen Augenblick unser früheres Verlangen zu wiederholen, daß sämtliche Ausnahmegesetze im Reiche und in den Bundesstaaten schon während des Krieges aufgehoben werden“.<sup>34</sup> Die „polnische Frage“ stellte allerdings nur einen Teilespekt der Debatte um gleiche Rechte für alle deutschen Staatsbürger dar. Insofern war sie in der deutschen Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang relativ wenig präsent.<sup>35</sup> Ähnlich verhielt es sich bei weiteren Debatten 1916, etwa bei der Beratung der Novelle des Reichsvereinsgesetzes im März 1916. Proteste der Polnischen Fraktion gegen eine Vorlage, welche „den schlimmsten Paragraphen des Vereinsgesetzes, den Sprachenparagraphen, bestehen läßt, der ausdrücklich gegen die Polen gemacht worden ist“ fanden kaum Gehör.<sup>36</sup>

Mit zunehmender Dauer des Krieges nahmen die Debatten an Schärfe zu. Die „polnische Frage“ erhielt vor allem durch die Proklamation eines Königreichs Polen am 5. November 1916 eine neue Dimension. Dieser Akt erhob die „polnische Frage“ endgültig zu einem Gegenstand der internationalen Politik und sorgte für große Aufmerksamkeit im In- und Ausland. Im Schatten der

---

<sup>32</sup> Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 11.3.1915, S. 4.

<sup>33</sup> Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 11.3.1915, S. 4.

<sup>34</sup> Berliner Tageblatt, 11.3.1915, S. 11.

<sup>35</sup> Vgl. etwa Berliner Tageblatt, 11.3.1915, S. 2; vgl. auch SPÄT: Polnische Frage, S. 349.

<sup>36</sup> Vorwärts, 12.3.1916, S. 6.

außenpolitischen Aktionen entwickelten sich aber auch wieder innenpolitische Debatten. Die Zugeständnisse in Kongresspolen erhöhten den innenpolitischen Reformdruck.<sup>37</sup> Die Existenz eines polnischen Staates musste einen Anziehungspunkt für die Polen in Galizien und Preußen darstellen. Zwar hatte die Polnische Fraktion im Laufe des Krieges wiederholt versucht, auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen. Jedoch waren es hauptsächlich die Entwicklungen in Kongresspolen, welche die „polnische Frage“ in den deutschen Parlamenten wieder auf die Tagesordnung brachten. Die Proklamation vom 5. November rief im Deutschen Reich Kritik an der Nichteinbeziehung des Parlaments in derart wichtige Entscheidungen hervor. In diesem Zusammenhang brachten die Konservativen und Nationalliberalen durch einen Antrag im preußischen Abgeordnetenhaus auch die „Ostmarkenfrage“ und damit die innenpolitische Dimension der „polnischen Frage“ auf die Tagesordnung.<sup>38</sup> Die beantragte Erklärung und die Reden der Antragsteller hoben den Einfluss der Proklamation auf die innenpolitischen Verhältnisse in Preußen hervor und forderten eine Sicherung der deutschen Interessen sowohl im Königreich Polen als auch in den „mit dem preußischen unlösbar verbundenen und für das Dasein sowie die Machtstellung Preußens und Deutschlands unentbehrlichen östlichen Provinzen“.<sup>39</sup> In der darauffolgenden Debatte wurde wiederholt mit der engen Verbindung von Außen- und Innenpolitik in der „polnischen Frage“ argumentiert. Während die Wiener Regierung versuchte, den Eindruck der Proklamation auf die Polen in Galizien durch das Versprechen einer Ausweitung der galizischen Autonomie günstig zu beeinflussen, blieben jegliche Zusagen an die Polen in Preußen aus. Der Antrag der preußischen Mehrheitsparteien der Konservativen und Deutschliberalen auf Wahrung des deutschen Charakters der östlichen Provinzen zielte vielmehr auf eine Fortsetzung der bisherigen Polenpolitik. Auch die Stellungnahme des preußischen Ministers des Inneren von Loebell deutete in diese Richtung. Trotz der Versicherung, dass die „künftigen Entschlüsse der Regierung [...] von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen werden“, stellte er keine konkreten Änderungen in Aussicht und bekräftigte den „Schutz und die Erhaltung des Deutschtums [...] in den Provinzen, wo Deutsche und Polen beieinanderleben“.<sup>40</sup> Dagegen sprachen sich die Abgeordneten des Zentrums, der fortschrittlichen Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten für eine Abkehr von der scharfen Polenpolitik aus, die dem preußischen Staat nicht genutzt, sondern nur Misstrauen unter den Polen hervorgerufen hätte. Dabei verwiesen die Redner auf den außenpolitischen Eindruck der preußischen Verhältnisse, wie auf den innenpolitischen Eindruck der Verhältnisse im Königreich Polen. „Die Zusammenhänge zwischen den Stammesgenossen diesseits und jenseits der Grenze, die möglichen Rückwirkungen nach der einen und der anderen Seite erfordern eine einheitliche und versöhnliche Politik.“ erklärte

---

<sup>37</sup> Vgl. SPÄT: Polnische Frage, S. 343.

<sup>38</sup> Ebd., S. 358f.

<sup>39</sup> Norddeutsche allgemeine Zeitung, 21.11.1916, S. 3.

<sup>40</sup> Norddeutsche allgemeine Zeitung, 21.11.1916, S. 3.

etwa der Abgeordnete der Fortschrittlichen Volkspartei Pachnicke. Ein weiteres Argument bildeten wiederum die Opfer im Krieg. Während der konservative Abgeordnete Heydebrand das Blut ins Treffen führte, das die deutschen Soldaten, die das Königreich Polen erobert haben, vergossen, betonte Pachnicke: „Die Polen haben in unserem Heere ihre Schuldigkeit getan; sie haben Blut und Leben eingesetzt für das gemeinsame Vaterland. [...] Wir können den preußischen Polen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung nicht länger vorenthalten.“<sup>41</sup> Die Oppositionsparteien stimmten in ihren grundsätzlichen Forderungen nach einer Änderung der Polenpolitik und in ihrem Plädoyer, den Polen mehr Vertrauen entgegenzubringen, überein. Der Abgeordnete des Zentrums hielt jedoch zugleich als Vorbedingung fest, dass „die Polen in Preußen jeden Gedanken einer Abtrennung von Preußen aufgeben müssen“. Die Rede des polnischen Abgeordneten gab auch Anlass zu Spekulationen. „Das klingt ja fast wie die Proklamation einer polnischen Iredenta in den Ostmarken.“, kommentierte etwa das Berliner Tageblatt und stufte die Rede – trotz Verständnisses für die Skepsis der Polen – als radikal und unklug ein.<sup>42</sup> Diese Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus zeigen die Bedeutung, welche sämtliche Parteien der „polnischen Frage“ für die preußische Innenpolitik zumaßen. Während sich unter den Oppositionsparteien die Stimmen mehrten, die sich für Zugeständnisse gegenüber den Polen in Preußen wie auch in Kongresspolen aussprachen, neigte die Regierung eher der Auffassung der Konservativen und Deutschliberalen zu, welche eine harte Linie forderten. Wenngleich die Lösungsansätze weit auseinander gingen und zunehmende politische Gegensätze deutlich wurden, war auf beiden Seiten die Sorge vor Loslösungsbestrebungen der preußischen Polen präsent.

In der Habsburgermonarchie bildete vor allem das zugleich mit der Proklamation des Königreichs Polen abgegebene Versprechen Kaiser Franz Joseph I. zur Ausweitung der Sonderstellung Galiziens einen Ausgangspunkt für innenpolitische Diskussionen. Die Regierung versuchte mit diesem Versprechen, Bestrebungen unter den galizischen Polen nach einem Anschluss an den neuen polnischen Staat zuvorzukommen, löste jedoch weiterreichende Debatten um innenpolitische Reformen aus. Zunächst erfolgten Gespräche über die Zukunft Galiziens in direkten Verhandlungen der politischen Vertretungen der galizischen Polen und Ukrainer mit der Wiener Regierung. Angesichts der Lockerung der Zensur unter dem jungen Kaiser Karl I. und der Wiedereinberufung des Reichsrats im Mai 1917 konnte das Thema auch öffentlich diskutiert werden. Während im Deutschen Reich, wo Parlamente während des gesamten Krieges tagten, innenpolitische Debatten schrittweise Einzug hielten, bedeutete die Wiedereinberufung des Reichsrats nach dreijähriger Pause einen fulminanten Auftakt für innenpolitische Auseinandersetzungen. Die Reichsratsfraktionen brachten sich in den Wochen bis zur ersten Sitzung des Reichsrats in Stellung und legten ihre Positionen fest.

---

<sup>41</sup> Norddeutsche allgemeine Zeitung, 21.11.1916, S. 4.

<sup>42</sup> Berliner Tageblatt, 21.11.1916, S. 3.

Zu den spektakulärsten Beschlüssen zählte zweifellos die politische Ausrichtung des Polenklubs. Unter dem Eindruck der ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung tagten polnische Abgeordnete des Landtags und des Reichsrats im Mai 1917 in Krakau und fassten eine Resolution, welche eine „Wiederherstellung des unabhängigen vereinigten Polen“ forderte. Diese Idee war zwar keineswegs neu. Bemerkenswert war jedoch, dass nicht nur radikale Nationalisten, sondern selbst die Konservativen, deren Politik stets auf Loyalität zur Habsburgermonarchie gerichtet war, der Resolution zustimmten.<sup>43</sup> Neben der Enttäuschung über nicht eingelöste Versprechen der Mittelmächte sind auch die Februarrevolution in Russland, die Liberalisierung der russischen Nationalitätenpolitik und das Versprechen der Provisorischen Regierung zur Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates, sowie das zunehmende Engagement der Westmächte in Nationalitätenfragen als wesentlicher Hintergrund für die Radikalisierung nationaler Forderungen zu sehen. Diese internationalen Entwicklungen waren insbesondere durch das Schlagwort des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den innenpolitischen Debatten präsent.

Die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses des Reichsrats war geprägt von nationalen Deklarationen. Tschechen, Südlawen und Ukrainer forderten weitgehende Autonomierechte. So traten die ukrainischen Abgeordneten für die Teilung Galiziens und Errichtung eines ukrainischen Kronlandes ein. Die polnischen Abgeordneten bekräftigten ihre Forderung nach einem vereinigten Polen. Die „polnische Frage“ war in diesen Debatten nur ein Aspekt der Nationalitätenfrage in der Habsburgermonarchie. Die traditionelle Rolle als Regierungspartei verlieh den polnischen Forderungen jedoch zusätzliches Gewicht. Die Erklärung des Polenklubs, die Regierung und die Budgetvorlage nicht zu unterstützen, hatte schließlich den Rücktritt des Ministerpräsidenten zur Folge. Zudem blieb die „polnische Frage“ weiterhin eng mit außenpolitischen Angelegenheiten verknüpft. Erhöhte Aufmerksamkeit erfuhr das Thema etwa im November 1917 angesichts von Verhandlungen des österreichischen Außenministers mit dem Bündnispartner in Berlin über die Zukunft Polens, welche die „austropolnische Lösung“ erneut auf das Tapet brachten.<sup>44</sup> In der Presse verbreitete Nachrichten, dass Galizien an das Königreich Polen abgetreten und Polen durch Personalunion mit Österreich vereint werden solle, sorgten für außerordentliche Erregung im Reichsrat. Eine Reihe von parlamentarischen Anfragen von Seiten der Ukrainer, Südlawen, Tschechen und Sozialdemokraten brachten das Thema zur Sprache. Neben außenpolitischen Argumenten, dass eine derartige Vorwegnahme der Friedensverhandlungen, den Krieg weiter verlängern würde, wurden insbesondere die innenpolitischen Auswirkungen einer solchen Lösung diskutiert. Ukrainische, aber auch böhmische und südlawische Abgeordnete protestierten gegen die Lösung der polnischen Frage „ohne gleichzeitige Lösung der böhmischen, südlawischen und

---

<sup>43</sup> BINDER: Galizien in Wien, S. 494f.

<sup>44</sup> Ebd., S. 498f.

ukrainischen Frage“. Sie äußerten die Sorge, dass durch die Loslösung Galiziens die slawischen Völker in die Minderheit versetzt werden und forderten die Umgestaltung der Monarchie in einen Staatenbund. Die Interpellationen machten sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker stark und verwiesen auf die Notwendigkeit einer parlamentarischen Legitimierung so weit reichender Entscheidungen. Besonders für die galizischen Ukrainer bedeute die Angliederung Galiziens an Polen die Unterordnung unter polnische Herrschaft und nationale Unterdrückung.<sup>45</sup> Die rumänischen Abgeordneten der Bukowina fürchteten hingegen durch eine Loslösung Galiziens eine territoriale Abtrennung der Bukowina von Österreich.<sup>46</sup> Auch unter den deutschsprachigen Abgeordneten lösten die Debatten Sorge vor zentrifugalen Tendenzen aus. Andererseits konnten gerade die Deutschnationalen einer Loslösung Galiziens einiges abgewinnen, da dadurch eine deutschsprachige Mehrheit im Reichsrat gesichert werden könnte. Sie erhofften sich vom Krieg weniger territoriale Erweiterungen, sondern vielmehr eine Stärkung des Deutschtums durch einen engeren Anschluss an das Deutsche Reich.<sup>47</sup> So stellten radikale deutsche Nationalisten den Vielvölkerstaat nicht weniger in Frage als radikale slawische Nationalisten.

Die jeweiligen nationalen Forderungen im Reichsrat wurden von Beginn an von Klagen über das Kriegsleid und einer Abrechnung mit den österreichischen Behörden und ihren Gewaltmaßnahmen im Krieg begleitet. Galizien nahm als Kriegsschauplatz in diesen Klagen eine zentrale Rolle ein.<sup>48</sup> So rechtfertigten polnische Abgeordnete mit der Situation in Galizien ihre Distanzierung von der Habsburgermonarchie und der österreichischen Regierung.<sup>49</sup> Wenngleich der Ton im Herrenhaus des Reichsrats gemäßigter war, ging die Kritik hier in eine ähnliche Richtung. So mahnte selbst der ehemalige Finanzminister und langjährige Obmann des Polenklubs Biliński Verständnis für die polnische Kritik im Abgeordnetenhaus ein. Er betonte, dass die Polen stets im Staatsinteresse gehandelt hätten, verwies jedoch auf die politischen Einschränkungen im Krieg: „Wir haben einstens gewöhnlich einen Fachminister im Kabinett gehabt, wir haben die ganze Zivilverwaltung in Galizien in unserer Hand gehabt, wir haben einen Statthalter, der ein Zivilstatthalter war, aus unserer politischen Mitte gehabt. [...] Das alles hat sich geändert.“<sup>50</sup> Biliński beklagte insbesondere die repressiven Maßnahmen der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung in Galizien. Die

---

<sup>45</sup> Stenographische Protokolle, Haus der Abgeordneten, 36. Sitzung der XXII Session am 9. November 1917, S. 1866f.

<sup>46</sup> Ebd., S. 1883.

<sup>47</sup> Vgl. PETRONILLA EHRENPREIS: Kriegs- und Friedensziele im Diskurs. Regierung und deutschsprachige Öffentlichkeit Österreich-Ungarns während des Ersten Weltkriegs, Innsbruck 2005, S. 309-312.

<sup>48</sup> HANNES LEIDINGER: "Der Einzug des Galgens und des Mordes". Die parlamentarischen Stellungnahmen polnischer und ruthenischer Reichsratsabgeordneter zu den Massenhinrichtungen in Galizien in: *Zeitgeschichte*, 33 (2006), 5, S. 235-260, hier S. 235-237.

<sup>49</sup> KEYA THAKUR-SMOLAREK: Der Erste Weltkrieg und die polnische Frage. Die Interpretationen des Kriegsgeschehens durch die zeitgenössischen polnischen Wortführer, Berlin 2014, S. 464f.

<sup>50</sup> Stenographische Protokolle, Herrenhaus, 6. Sitzung der XXII. Session am 28. Juni 1917, S. 111.

polnischen Forderungen stützten sich somit in hohem Maße auf das Argument der Wiedergutmachung von im Krieg erlittenen Unrecht. Allerdings zogen auch die Vertreter anderer Nationalitäten die im Krieg erfahrenen Gewaltmaßnahmen als Argument heran. Während die Polen anhand der Fehler der Militärverwaltung die Wiederherstellung der Zivilverwaltung und Ausweitung der galizischen Sonderstellung einforderten, argumentierten die Ukrainer anhand der Kriegserfahrungen gerade gegen diese Sonderstellung und machten vor allem Denunziationen durch die polnisch dominierten galizischen Landesbehörden für die Verfolgung von Ruthenen verantwortlich. Im Laufe des Jahres 1917 – und insbesondere im Kontext der Gerüchte über einen Anschluss Galiziens an Polen – wurden die ukrainischen Vorwürfe jedoch auch gegenüber der österreichischen Regierung schärfster. Der ukrainische Abgeordnete Petruševyč argumentierte, ähnlich wie die Polen im Deutschen Reich, die Ukrainer seien in Österreich immer als Bürger zweiter Klasse behandelt worden, als „Parias unter den Völkern Österreichs“, „von den primitivsten bürgerlichen Rechten“ ausgeschlossen und „der polnischen Oberherrschaft untergeordnet“.<sup>51</sup> Ferner stützten die Vertreter der unterschiedlichen Nationalitäten ihre Forderungen auf die für den Krieg gebrachten Opfer. So gab Petruševyč der Hoffnung Ausdruck, „daß wenigstens jetzt, wenigstens um den Preis der schrecklichen geradezu übermenschlichen Opfer, welche unser Volk für Österreich in diesem Kriege gebracht hat, wir doch nach dem Kriege in diesem österreichischen Staate eine andere Behandlung finden werden.“<sup>52</sup> Dieses Argument erinnert an das im Deutschen Reich so intensiv diskutierte Prinzip gleicher Rechte für gleiche Pflichten. In den Diskussionen im österreichischen Reichsrat wird hier jedoch mitunter eine Konkurrenz zwischen den Nationalitäten deutlich. Polen wie Ukrainer verwiesen auf die besondere Bedeutung Galiziens als „Grenzschutzland“ gegen Russland, beanspruchten die Schutzfunktion für die Habsburgermonarchie jedoch in erster Linie für das eigene Volk. Die österreichischen Polen stützten sich bei der Darstellung ihrer Verdienste insbesondere auf die Leistung der polnischen Freiwilligeneinheiten: „Alle Völker haben Opfer gebracht. Wir können aber sagen, wir haben alle jene Opfer gebracht, die das Gesetz uns aufgelegt und überdies dasjenige, das die polnischen Legionen geleistet haben“, argumentierte etwa Biliński.<sup>53</sup> Neben den Opfern des Krieges machten die Polen zudem das durch die Teilungen Polens erfahrene Unrecht geltend. Auf die Proteste der Abgeordneten anderer Nationalitäten im November 1917 - „Ja, warum wird gerade dieser Komplex allein gelöst, während die Frage der anderen Nationen vernachlässigt wurde?“ – erwiderte der polnische Abgeordnete Stapiński „Ich beanspruche für meine Nation zuerst das Recht, da wir in diesen eineinhalb Jahrhunderten am meisten gelitten haben; wir haben unsere

---

<sup>51</sup> Stenographische Protokolle, Haus der Abgeordneten, 36. Sitzung der XXII Session am 9. November 1917, S. 1871.

<sup>52</sup> Ebd.

<sup>53</sup> Stenographische Protokolle, Herrenhaus, 6. Sitzung der XXII. Session am 28. Juni 1917, Ebd., S. 114.

Selbständigkeit verloren.“<sup>54</sup> Während die Interpellationen im Reichsrat vorwiegend darauf zielten, die „polnische Frage“ in einem innenpolitischen Kontext zu verorten und als Teil einer umfassenderen Reform der Habsburgermonarchie zu diskutieren, brachten gerade die polnischen Abgeordneten immer wieder eine gesamtpolnische Perspektive ein und nahmen etwa auf die Lage in den Gebieten unter deutscher und österreichisch-ungarischer Besatzung Bezug.<sup>55</sup> Auch die Debatten in den deutschen Parlamenten wurden in der galizischen Presse aufmerksam verfolgt.<sup>56</sup>

Im Deutschen Reich wurden 1917 die polnischen Forderungen im Ton ebenfalls schärfer. Für einige Aufmerksamkeit sorgte eine „scharfe Anklagerede des Polen Korfanty gegen die Regierung wegen ihrer Polenpolitik“<sup>57</sup>, die auch in der deutschen Presse kommentiert wurde.<sup>58</sup> Anlass waren wiederum Debatten zum Staatshaushalt. Korfanty sprach im Namen des polnischen Volkes der Regierung das Misstrauen aus aufgrund der bisherigen Politik und nicht eingelöster Versprechungen. Er verwies neben dem Weiterbestehen der Ausnahmegesetze insbesondere auf die Ostmarkenpolitik: „Unter dem verschämten Titel der Förderung und des Schutzes des Deutschtums sind große Summen im Etat zur Bekämpfung des Polentums bestimmt.“ Korfanty verlangte „volle nationale und kulturelle Gleichberechtigung und Entwicklung“, auf welche das polnische Volk „nach dem Naturrecht Anspruch“ habe. Als Argument zog er einerseits wiederum die Opfer der preußischen Polen im Krieg heran: „Das polnische Volk arbeitet und darbt für Deutschland, aber nach wie vor ist es einer kurzsichtigen Bureaucratie ausgeliefert. Die Polen bleiben Bürger zweiter Klasse und nur in den Schützengräben herrscht für sie Gleichberechtigung.“<sup>59</sup> Zum anderen nahm er in seiner Rede – wenngleich sich die Forderungen auf innenpolitische Angelegenheiten bezogen – auch die Opfer der gesamten polnischen Nation im Krieg in den Blick und zeigte das polnische Volk damit als eine über die Teilungsgrenzen hinausgehende Gemeinschaft. Wenige Wochen später bekräftigte der Nationaldemokrat Seyda diese Argumente und berief sich bei seinen Forderungen nach einer grundsätzlichen Änderung der preußischen Polenpolitik als erster polnischer Abgeordneter im Deutschen Reich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker. – Die Polen hätten trotz staatlicher Trennung das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren. Die fortgesetzten Proteste der preußischen Polen nahmen somit immer wieder auf die Zustände im Königreich Polen Bezug.<sup>60</sup>

---

<sup>54</sup> Stenographische Protokolle, Haus der Abgeordneten, 36. Sitzung der XXII Session am 9. November 1917, S. 1893.

<sup>55</sup> Vgl. dazu auch THAKUR-SMOLAREK: Erster Weltkrieg, S. 466.

<sup>56</sup> Ebd., S. 467-472.

<sup>57</sup> Vorwärts, 20.1.1917, S. 4.

<sup>58</sup> Vgl. etwa Berliner Tageblatt, 20.1.1017, S. 2.

<sup>59</sup> Norddeutsche allgemeine Zeitung, 20.1.1917, S. 4.

<sup>60</sup> Vgl. Kotowski: Staatsräson, S. 185-188.

Ein weiteres Thema, welches die „polnische Frage“ berührte, waren Debatten um eine Wahlrechtsreform zum Preußischen Abgeordnetenhaus.<sup>61</sup> Bereits im Herbst 1916 wurden angesichts des Schlagabtauschs zur „polnischen Frage“ Stimmen laut, dass eine Reform des preußischen Wahlrechts eine wesentliche Vorbedingung für eine Änderung der Polenpolitik in Preußen sei.<sup>62</sup> Im Herbst 1917 und Frühjahr 1918 intensivierten sich die Debatten. Auch diesmal war die Benachteiligung der Polen nur ein Aspekt in Protesten gegen bestehende Ungleichheiten. Eine Änderung der Polenpolitik galt jedoch keineswegs nur als Argument *für* die Reform. So warnte etwa der konservative Abgeordnete Heydebrand vor dem gleichen Wahlrecht mit dem Verweis, dass neben einer sehr starken Vertretung der Sozialdemokraten und der Linken, auch eine „sehr starke polnische Fraktion“ und damit eine Erschütterung der nationalen Ostmarkenpolitik zu fürchten sei: „Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Ostmark ist so, daß der Pole unbedingt dort das Uebergewicht über den Deutschen bekommen muß, wenn der Deutsche eine nicht ganz starke Unterstützung vom Staate erhält. Nun machen Sie mir einmal vor, wie Sie eine solche Politik treiben wollen in einem Hause, wie es nach Durchführung des gleichen Wahlrechts zusammengesetzt sein wird. Der deutsch-nationale Charakter des Ostens ist einfach eine Notwendigkeit für den Bestand Preußens. Die Politik aber, die Sie treiben wollen, gefährdet die nationale Grundlage Preußens.“<sup>63</sup> Die Stellung der Polen wurde somit von den deutschen Konservativen als Argument herangezogen, um Reformvorschläge zu blockieren und die eigene Stellung in Preußen zu wahren.

Zu den wachsenden Spannungen trug in beiden Staaten die außenpolitische Situation bei. Das gemeinsame Vorgehen der Mittelmächte in der Außenpolitik hatte innenpolitisch in beiden Staaten ähnliche Folgen. Der Rückhalt der polnischen Konservativen, die an der Überzeugung festhielten, das Schicksal Polens könne nur in enger Zusammenarbeit mit den Mittelmächten entschieden werden, war im Schwinden. Insbesondere im Deutschen Reich übernahmen die Nationaldemokraten in der Polnischen Fraktion die Initiative.<sup>64</sup> Die polnischen Vertreter gingen damit immer stärker auf Konfrontationskurs zur Regierung. Einen Höhepunkt erreichten die polnischen Proteste in Österreich-Ungarn und im Deutschen Reich angesichts der Friedensverhandlungen der Mittelmächte mit Sowjetrussland und der Ukraine in Brest-Litowsk. Während die polnischen Konservativen der Regierung noch das Vertrauen aussprachen, protestierten insbesondere die polnischen Nationaldemokraten dagegen, dass keine polnischen Vertreter in die Verhandlungen einbezogen wurden.<sup>65</sup> So waren es im Jahr 1918 zunehmend außenpolitische Fragen, die auf den innenpolitischen Bühnen ausgetragen wurden. Die Proteste intensivierten sich nach dem

<sup>61</sup> Vgl. SPÄT: Polnische Frage, S. 384-392.

<sup>62</sup> Berliner Tageblatt, 21.11.1916, S. 3.

<sup>63</sup> Norddeutsche allgemeine Zeitung, 01.05.2018, S. 3.

<sup>64</sup> KOTOWSKI: Staatsräson, S. 188f.

<sup>65</sup> BINDER: Galizien in Wien, S. 499.

Friedensschluss der Mittelmächte mit der Ukraine im Februar 1918, welcher das Gebiet um Cholm (Chełm) der Ukraine zusprach. Im deutschen Reichstag gab selbst der führende polnische Konservative Radziwill, der bis zuletzt das Einvernehmen mit der Regierung gesucht hatte, seiner tiefen Enttäuschung Ausdruck und bezeichnete die Abtretung des Cholmer Landes als neue Teilung des polnischen Gebietes.<sup>66</sup> Die polnische Öffentlichkeit in Galizien reagierte mit tagelangen Demonstrationen und Streiks. Im österreichischen Reichsrat gaben die Budgetverhandlungen Anlass zu Protestbekundungen. Am radikalsten formulierte seinen Protest der polnische Sozialdemokrat Daszyński in seiner Äußerung, mit dem Vertrag von Brest-Litowsk sei der Stern der Habsburger am polnischen Himmel erloschen. Der Polenklub entschied sich, um seinen Protest auszudrücken, mehrheitlich zu einer Enthaltung bei der Abstimmung zum Budgetprovisorium. Einigen polnischen Abgeordneten ging dieser Schritt jedoch nicht weit genug, vielmehr traten sie für eine Ablehnung des Budgets ein. So verließen die Nationaldemokraten wie auch die Sozialdemokraten – die erst 1916 beigetreten waren – aus Protest den Polenklub. Noch heftiger fielen die Proteste aus, als das geheime Zusatzprotokoll zum Friedensvertrag mit der Ukraine bekannt wurde, welches eine Teilung Galiziens in einen polnischen und einen ukrainischen Teil vorsah. Nun sprach sich auch der Polenklub gegen die Regierung aus und trug damit neuerlich zum Sturz der Regierung bei. Zwar gelang es dem neuen Ministerpräsidenten zunächst das Vertrauen des Polenklubs zurückzugewinnen und damit das Budgetprovisorium durchzubringen. Angesichts der Niederlage der Mittelmächte verlor der Polenklub allerdings die Initiative endgültig an die Sozial- und Nationaldemokraten. Im Oktober 1918 schlossen sich auch die Konservativen dem Bekenntnis zur Unabhängigkeitsproklamation des Warschauer Regentschaftsrats an. Mit dem Wiener Parlament wurde schließlich auch der Polenklub aufgelöst.<sup>67</sup> Auch im Deutschen Reich betrieben angesichts der militärische Niederlagen die polnischen Politiker eine zunehmend eigenständige Politik. Innenpolitische Ansprüche wichen der offenen Forderung nach einem unabhängigen vereinigten Polen. Im Reichsrat kam es im Oktober 1918 zu einem letzten Schlagabtausch zwischen polnischen und deutschen Politikern. Als der polnische Abgeordnete Korfanty Posen und alle mehrheitlich polnischen Kreise in Westpreußen, Ostpreußen und Schlesien, sowie Danzig für Polen beanspruchte, stieß dies auf kollektive Ablehnung bei den deutschen Abgeordneten. Die polnischen Abgeordneten erklärten daraufhin ihre Tätigkeit im Reichstag und in den preußischen Parlamenten für beendet und verließen Berlin.<sup>68</sup>

## Fazit

Der Erste Weltkrieg veränderte sowohl im Deutschen Reich als auch in Österreich-Ungarn wesentlich die Rahmenbedingungen für politische Debatten. Angesichts des Krieges sollten innenpolitische

---

<sup>66</sup> KOTOWSKI: Staatsräson, S. 190.

<sup>67</sup> BINDER: Galizien in Wien, S. 499-501.

<sup>68</sup> CONRAD: Umkämpfte Grenzen, S. 90f.

Gegensätze beigelegt werden. Während dieser „Burgfrieden“ im Deutschen Reich vorwiegend auf der Verantwortung der Abgeordneten beruhte, wurde in Österreich mit dem Reichsrat das wesentliche Forum für politische Debatten ausgeschaltet. Die Zensur unterstützte die Unterdrückung politischer Debatten. Die schwelenden Konflikte brachen in den letzten Kriegsjahren, nach der Lockerung dieser repressiven Maßnahmen, allerdings nur umso heftiger aus.

Die sich zuspitzenden politischen Debatten im Jahr 1917 stellten in mancher Hinsicht eine Fortsetzung der Debatten der Vorkriegsjahre dar. Auch Diskussionen um die „polnische Frage“ waren stark von den jeweiligen innenpolitischen Konstellationen geprägt und wiesen somit in den beiden Staaten einige Unterschiede auf. Während die preußischen Polen, nach einer kurzen Phase der Zurückhaltung zu Kriegsbeginn, ihren Kampf für staatsbürgerliche Gleichberechtigung und Aufhebung der Ausnahmegesetze fortsetzten, ging es den Polen in Österreich um Bewahrung bzw. Ausbau der galizischen Autonomie. Anders als vor dem Krieg sahen die polnischen Vertreter Galiziens ihre Stellung allerdings nicht nur durch die wachsenden ukrainischen Ansprüche, sondern auch durch den in Österreich herrschenden Ausnahmezustand bedroht. Die in Galizien eingesetzte Militärverwaltung bedeutete eine wesentliche Einschränkung der politischen Freiheiten und belastete das Verhältnis des Polenklubs zur österreichischen Regierung in hohem Maße. Trotz Kontinuitäten in den polnisch-ukrainischen Auseinandersetzungen bewirkte der Krieg in Österreich somit nicht nur eine Radikalisierung, sondern auch eine deutliche Verschiebung der innenpolitischen Konstellation. Während die preußischen Polen bereits seit Jahren in der Opposition waren, gab der österreichische Polenklub 1917 erstmals seit den 1860er Jahren seine Rolle als Regierungspartei auf.

Die Argumente in den politischen Debatten waren in beiden Staaten stark vom Krieg geprägt und wiesen somit – trotz innenpolitischer Unterschiede – oft Gemeinsamkeiten auf. Ein wesentliches Argument für politische Zugeständnisse waren die für den Staat gebrachten Opfer im Krieg. Dieses Argument wurde in beiden Staaten von den Interessensvertretern unterschiedlicher Gruppierungen vorgebracht. Während im Deutschen Reich damit vor allem die Sozialdemokraten gegen soziale Ungleichheiten auftraten und Proteste gegen die Schlechterstellung der Polen erst an zweiter Stelle standen, dominierten in Österreich nationale Forderungen die Debatten. Trotz ähnlicher Argumentationsmuster wird hier der unterschiedliche Stellenwert von Nationalitätenfragen in den beiden Reichen deutlich. Die Argumente der preußischen Polen ähnelten zudem stärker denen der galizischen Ukrainer als jenen der galizischen Polen. Während erstere anhand ihrer Opfer im Krieg gegen nationale Unterdrückung protestierten, machten letztere für ihre nationalen Forderungen die besonderen Leistungen der polnischen Freiwilligeneinheiten geltend. Die Opfer der Nationalitäten im Krieg standen also in den österreichischen Debatten mitunter in Konkurrenz zueinander. Ein weiteres wichtiges Element der Auseinandersetzungen im österreichischen Reichsrat waren die Klagen

unterschiedlicher Nationalitäten über ihre Leiden im Krieg, nicht nur durch Kriegszerstörungen, sondern vor allem durch die Gewaltmaßnahmen der österreichisch-ungarischen Behörden. Drehten sich im Deutschen Reich die Debatten um das Fortbestehen rechtlicher Diskriminierungen, spielten in Österreich Beschwerden über Rechtsverletzungen im Krieg durch die Regierung und die Armee eine wesentliche Rolle.

Die Parlamente beider Staaten diskutierten mögliche innenpolitische Reformen, jedoch unterschieden sich die in Aussicht genommenen Lösungsansätze. Im Deutschen Reich bewegten sich die Debatten vorwiegend im Kontext gleicher staatsbürgerlicher Rechte, in der Habsburgermonarchie drehten sie sich vorwiegend um Fragen nationaler Autonomie. Während im Deutschen Reich eine Reform des preußischen Wahlrechts als Vorbedingung für die Beseitigung rechtlicher Diskriminierungen zur Debatte stand, spielten in Galizien Wahlrechtsdebatten, welche noch 1914 die Verhandlungen um einen polnisch-ukrainischen Ausgleich dominiert hatten, keine Rolle mehr. Vielmehr ging es hier um Fragen der Teilung Galiziens nach nationalen Kriterien oder der Umgestaltung der Habsburgermonarchie in einen Staatenbund. Die Gefahr zentrifugaler Tendenzen wurde in beiden Fällen mitunter als Argument herangezogen, um Reformen zu blockieren.

Trotz mancher Kontinuitäten zur Vorkriegszeit hatten die Erfahrungen des Krieges wie auch die veränderte außenpolitische Konstellation entscheidenden Einfluss auf die politischen Debatten zur „polnischen Frage“ und zeigten im Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie ähnliche Wirkungen. Das Werben der Teilungsmächte um polnische Sympathien hatte unter den Polen Hoffnungen auf Verbesserung ihrer innenpolitischen Situation geweckt, aber auch Perspektiven auf eine Wiedervereinigung Polens eröffnet und das Gemeinschaftsgefühl zwischen den Teilungsgebieten gestärkt. Politische Reformen ließen allerdings in allen drei Reichen auf außen- wie innenpolitischer Ebene auf sich warten und mit der Dauer des Krieges verschärften sich politische Gegensätze und Kritik an den Regierungen. Vor allem seit der Besatzung Kongresspolens durch die Mittelmächte beobachteten die galizischen und preußischen Polen die dortigen politischen Entwicklungen intensiv und bezogen das Vorgehen der deutschen und österreichischen Besetzungsbehörden immer wieder in ihre Kritik ein. Die Internationalisierung der „polnischen Frage“ aufgrund der Proklamation eines Königreichs Polen durch die Mittelmächte sowie das neue Engagement des revolutionären Russlands und der Westmächte in Nationalitätenfragen verstärkten die Einwirkung außenpolitischer Fragen auf innenpolitische Diskussionen. Angesichts alternativer politischer Optionen sank die Kompromissbereitschaft der politischen Akteure. Der Rückhalt der polnischen Konservativen, welche auf eine Zusammenarbeit mit den Mittelmächten setzten, war im Schwinden. Wenngleich dieser Prozess bereits vor 1914 einsetzte, wurde er durch den Krieg beschleunigt. Im Jahr 1917 standen die Debatten zur polnischen Frage – trotz des Einflusses der

außenpolitischen Entwicklungen – noch überwiegend im Kontext innenpolitischer Reformen. Allerdings wurde die Option eines Anschlusses Galiziens an Polen in der Habsburgermonarchie bereits offen diskutiert. Während in Preußen deutsche und polnische Interessen aufeinanderprallten, waren es in Galizien vorwiegend polnische und ukrainische. Kamen in Preußen für den Großteil der deutschen Parteien Gebietsabtretungen nicht in Frage, erschien in Österreich gerade aus der Perspektive der Deutschnationalen ein Verzicht auf Galizien durchaus möglich. 1918 wichen innenpolitische Forderungen der Polen zunehmend den Vorbereitungen für einen Anschluss an ein unabhängiges Königreich Polen. Insbesondere der Friede mit der Ukrainischen Volksrepublik in Brest-Litowsk im Februar 1918 läutete den Bruch der Polen mit den Mittelmächten ein, der mit der Niederlage der Mittelmächte endgültig besiegelt wurde.